



VERWIRREND waren die Nachrichten, die über offizielle Stellungnahmen der Kirche zum Putsch und zu den Gewaltmaßnahmen der *Junta* in Chile bisher auf uns kamen. So wie sie aufeinander folgten, erweckten die Meldungen den Eindruck, als sei die einheimische Hierarchie – nach einer ersten freimütigeren Reaktion – sehr rasch zur Anerkennung der veränderten Lage umgeschwenkt. Ein «Te Deum in der Kathedrale von Santiago», eine Woche nach dem Putsch im Fernsehen gezeigt, hat in den Augen vieler Zuschauer diesen Eindruck besiegelt: Die Kirche hat sich mit den neuen Machthabern arrangiert. – Ist es aber vernünftig, Nachrichten aus solchen Verhältnissen ohne weiteres als bare Münze zu nehmen?

Das «Te Deum» war keines

Ein Zeugnis aus erster Hand, ja Aug in Aug entgegengenommen von einem, der soeben nach soundsoviel Verhören aus Chile herauskam, erlaubt uns zwar noch keinen «Überblick», klärt aber einige Positionen:

Bei der einheimischen Hierarchie gilt es zu unterscheiden zwischen dem Erzbischof von Santiago, Kardinal *Silva Henriquez*, und einer Mehrheit von Bischöfen. Die *erste Verlautbarung*, die sich namens des «Ständigen Komitees des Episkopats» sofort nach dem (fatalistisch beurteilten) Putsch sowohl gegen «unnütze Repressalien» wie für die Wahrung, ja den weiteren Ausbau der Rechte der Arbeiter aussprach und die Respektierung des guten Namens, ja des «Idealismus vieler der jetzt Unterlegenen», zumal des toten Präsidenten, forderte, stammte von *Silva Henriquez*. Da dieser, obwohl nicht unkritisch gegenüber den Fehlern *Allendes*, bis zuletzt für einen Dialog Völkfront / Christdemokraten eingetreten war, ist er bei den Rechtsradikalen der bestgehaßte Mann.

Die *zweite Verlautbarung*, die auf eine Empfehlung zur Zusammenarbeit mit der *Junta* hinauslief, stammte vom Sekretariat der *Bischöfskonferenz*. In ihr gehört der Kardinal zur Minderheit. Eine Mehrheit vor allem aus ländlichen Gegenden scheint ungefähr der christdemokratischen Richtung *Eduardo Freis* zu entsprechen.

Auch im *Vatikan* und durch ihn gab es Verwirrung. Nach gewundenen Erklärungen und heftigen internen Auseinandersetzungen war es endlich so weit:

Der Papst persönlich setzte einen Akzent. Am Sonntagmittag, dem 7. Oktober, nannte er die «gewalttätige Unterdrückung in Chile» (repressioni violente) beim Namen. Doch was war die Wirkung? In der Weltöffentlichkeit: keine (der Nahostkrieg war soeben ausgebrochen). In Chile: Betroffenheit des Nuntius und ein scheinbarer Rückenschuß des Kardinals. Der Nuntius, der sich zuerst für asylsuchende Flüchtlinge eingesetzt hatte, bekam ob dem Papstwort Angst vor dem eigenen Mut und geriet unter den Druck der *Junta*, die denn auch die Botschaften gegen weitere Asylsuchende abriegelte. Kardinal *Silva* gab eine Erklärung ab, die dahin interpretiert wurde, als sei der Papst schlecht informiert. In Wirklichkeit erklärte *Silva* nur, die Informationen habe der Papst «nicht von Chile aus» (das hieß: nicht von ihm) erhalten; er erhielt sie nämlich von Priestern und Ordensleuten, die die *Junta* schon in den ersten Wochen aus Chile auswies!

Das Bild der Kirche aus diesen wenigen Mosaiksteinen bleibt schillernd, ihr Zeugnis stolpert über den Apparat, der ihm dienen sollte. Um so eindeutiger entlarvt sich durch ihre Maßnahmen und Verlautbarungen die *Junta*: Jeder Universalität, auch der katholischen, wurde ein Militärdirektor vorgesetzt. Schon die Verbreitung marxistischer «Ideen» wird mit Gefängnis oder Deportation bestraft. Journalisten stehen unter rigoroser Zensur, und «über Verhaftungen und Verurteilungen sind nur die offiziellen Meldungen zugelassen». L.K.

Chile

Kirche und Junta: In den Wirrwarr der Meldungen bringt ein Augenzeuge Licht – Einer «starken» Verlautbarung des Erzbischofs von Santiago folgte eine «weiche» gemäß der Mehrheit der Bischöfe – Der Papst nannte schließlich die Repression beim Namen – Der Nuntius in Schwierigkeiten – Das Zeugnis der Kirche stolpert über den eigenen Kommunikationsapparat – Die *Junta* zeigt ihr wahres Gesicht.

Ludwig Kaufmann

Ökumene

Schweizer Dokument zur Interkommunion: Ein «offizieller» Diskussionsbeitrag unter den drei Landeskirchen – Was als Ärgernis empfunden wird – Begrenzte Formen eucharistischer Gemeinschaft – Gegen einen «Dialog der Resignation».

Albert Ebnetter

Gesellschaft

Energie, Geschwindigkeit und soziale Gerechtigkeit: 1. Eine verhängnisvolle Illusion – Der ökologischen geht eine soziale Krise voraus – Gleichberechtigung und ständiges industrielles Wachstum widersprechen sich – Je höher der Energieverbrauch desto mehr gesellschaftliche Kontrolle – Die kritische Schwelle – Der Traum der unbegrenzten Möglichkeiten führt zu mehr Sklaverei – Beispiel: Verkehrsindustrie – Die Spitzengeschwindigkeiten der wenigen werden durch den obligatorischen Arbeitsweg der vielen ermöglicht – 1500 Stunden für 10 000 km – Zu Fuß kommt man fast gleich weit.

Ivan Illich, Cuernavaca/Mexiko

Orthodoxie

Das künftige panorthodoxe Konzil: Eine «konziliare Kirche» seit zwölf Jahrhunderten ohne Konzil – Mühsame Versuche, diesem Mangel zu begegnen – Die Konferenzen von Rhodos – Ein erster Themenkatalog – Kritische Stimmen – Revision der Agenda – Interne Spannungen ob der Rivalitäten in der Diaspora – Hauptproblem: Wie kommen die verschiedenen Kirchen zu einem Minimum von einheitlichem Handeln? – Laien bisher wenig beteiligt – Wer steht mit vollem Herzen hinter dem Konzilsplan?

Wilhelm de Vries, Rom

Moraltheologie

Die bleibende Verpflichtung des Dekalogs: Kritische Exegese und veränderte Welt fechten die Verbindlichkeit der zehn Gebote an – Verhängnisvoller Rückzug auf das Naturrecht – Entscheidend bleibt das erste Gebot – Es macht die Menschen mächtig gegen die versklavenden Götzen – Das Motiv der Dankbarkeit – Neuinterpretation der übrigen Gebote.

Paul H. Schüffel, Frechen

Buchbesprechung

Swoboda Helmut, Die Qualität des Lebens: Vom Wohlstand zum Wohlbefinden – Nach dem Lebensstandard die Lebensqualität.

Ein neuer Schritt auf dem Weg zur Abendmahlsgemeinschaft

Die Christen in der ökumenischen Arbeit werden unausweichlich und immer drängender mit der Frage gemeinsamer Abendmahlsgottesdienste oder wenigstens der «Offenen Kommunion» konfrontiert. Wenn sie nach langer Trennung endlich in gemeinsamer Verbundenheit unter dem einen Evangelium zusammenkommen, zusammen beten und zusammen arbeiten, empfinden sie es mit jedem Tag schmerzlicher, daß sie nicht miteinander am gleichen Tisch ihres einen Herrn teilhaben können. In der Praxis ist denn auch die Grenze der bloßen «akademischen Diskussion» über Interkommunion schon vielfach überschritten worden. Die innere Erfahrung der Einheit in Christus hat zu verschiedenen Formen eucharistischer Gemeinsamkeit geführt, die den Stellungnahmen und Konzessionen der Kirchenleitungen vorauslaufen, aber seltsamerweise weithin die Ansichten und auch Einsichten unserer besten Theologen und selbst offizieller ökumenischer Studienkommissionen hinter sich haben.

Man denke nur an die sehr repräsentativen und zum Teil offiziellen Studiendokumente wie: «Die Eucharistie» (1967) und «Eucharistie und Amt» (1970) der lutherisch/römisch-katholischen Studienkommission in den USA; «Die Eucharistie im Leben der Kirche» (1970), eine Erklärung von 19 evangelischen und katholischen Theologen in USA; das «Agreed Statement on Eucharistic Doctrine» (1971), die sogenannte Windsor-Erklärung einer anglikanisch/römisch-katholischen Kommission; «Das Evangelium und die Kirche» (1971), der Schlußbericht der evangelisch-lutherischen/römisch-katholischen Studienkommission des lutherischen Weltbundes und der römisch-katholischen Kirche (Malta-Bericht); «Interkommunion oder Gemeinschaft?» (1971), ein Studiendokument der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung; den «Accord des Dombes» (Frankreich): «Vers une même foi eucharistique?» (1972) usw.

Die Situation ist heute schon vielfach so, daß die ökumenische Frage viel mehr eine Frage an die Träger des Amtes in den Kirchen als eine Frage an die Theologie ist. Mit Recht meint ein «Maßgebender» unter den katholischen Theologen, P. Karl Rahner: «Die Amtsträger in den Kirchen dürfen heute nicht mehr so tun, als könnten sie vorläufig nichts machen, weil die Theologen sich nicht einig können.»

Die jüngste Veröffentlichung der schweizerischen Gesprächskommissionen «Für ein gemeinsames eucharistisches Zeugnis der Kirchen» (September 1973) ist ein neuer hoffnungsvoller Schritt auf dem hindernisreichen Weg der Ökumene.

Der Stellenwert des Dokuments

Wohl handelt es sich erst um ein «Arbeits-Dokument» von Sachverständigen der drei Landeskirchen, der evangelisch-reformierten, der römisch-katholischen und christ- oder alt-katholischen Kirche. Aber diese Sachverständigen der Gesprächskommissionen sind von den Kirchenleitungen bestimmt worden, genießen also das Vertrauen der kirchlichen Autoritäten und erstellten in ihrem Auftrag das vorliegende Dokument, das auch mit einem Vorwort der verantwortlichen kirchlichen Stellen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wird. Wenn es sich also auch nicht um ein «offizielles Dokument der kirchlichen Behörden» handelt, sondern um einen «Diskussionsbeitrag», so liegt sein Stellenwert doch zwischen völliger Unverbindlichkeit und formeller kirchlicher Verbindlichkeit.

► Die beteiligten Kirchen bringen mit ihrem Vorgehen zum Ausdruck, daß sie sich als ganze – und nicht bloß einzelne Theologen oder isolierte ökumenische Gruppen – in den Prozeß des ökumenischen Gesprächs über Abendmahlsgemeinschaft eingelassen haben. Die von den Kirchen bestellten Theo-

logen wollen und können zumindest «im Sinne» ihrer Kirchen sprechen.

► Die Gesprächsergebnisse sind auf kirchliche Rezeption jedenfalls angelegt und dürfen den Anspruch erheben, mit entsprechender Aufmerksamkeit und Bereitschaft von den Kirchen und ihren leitenden Gremien beachtet und beantwortet zu werden.

► Den «offiziellen» Charakter der Gesprächskommissionen und ihrer gemeinsam erarbeiteten Dokumente geringer zu veranschlagen, würde heißen, daß die kirchlichen Behörden ihren eigenen Auftrag an die Kommissionen, nämlich «einen Text zu erarbeiten, der die Möglichkeiten gemeinsamen eucharistischen Zeugnisses der verschiedenen Kirchen feststellen soll», nicht ernstnehmen, ja ihn nachträglich verneinen. Es würde zum vornherein ein «Dialog der Resignation».

Erfreulicherweise ermuntern die kirchlichen Auftraggeber zu einer «eingehenden und situationsgerechten Überprüfung der im Dokument enthaltenen Erwägungen und Vorschläge».¹

Möglichkeiten und Grenzen der Abendmahlsgemeinschaft

Die Eigenart und wohl auch ein Vorzug des schweizerischen Dokumentes liegt darin, daß man in sachlich-theologischer Überlegung wie in gläubig-spiritueller Betrachtungsweise bemüht ist, einen Weg aufzuzeigen, der es den Kirchen erlauben könnte, ohne Aufgabe von Wesentlichem ihrer Glaubenstradition und im Gehorsam gegenüber der Botschaft Christi zu einer *vermehrten* Gemeinschaft in der Feier des Herrenmahles zu kommen. Die Kirchen sind heute aus dem alten Stellungskrieg heraus. Sie bilden wohl noch nicht eine «versöhnte Christenheit». Aber sie haben die fundamentale Gemeinsamkeit im Christusglauben neu entdeckt, können weithin gemeinsam christliches Zeugnis ablegen und auch in vielen Bereichen brüderlich zusammenarbeiten. In dieser Situation einer neu gefundenen Gemeinschaft – so legt das Dokument dar – empfinden es die Christen zunehmend als «Ärgernis», daß sie trotz ihrer Liebe zum einen und gemeinsamen Herrn nicht Gemeinschaft mit dem einen «Leib des Herrn» haben und auch ihren Glauben vor den Menschen und für die Menschen nicht miteinander im Brechen des Brotes bezeugen können. Dieses Ärgernis wird vordringlich in drei Bereichen empfunden:

► keine gemeinsame Eucharistie für bekenntnisverschiedene Ehepaare;

► keine gemeinsame Eucharistie für ökumenische Kreise;

► keine gemeinsame Eucharistie für lokale Gemeinden, die eine Einheit erfahren haben, die größer ist als die Unterschiede ihrer konfessionellen Überlieferungen.

Und doch ist es gerade auch im *Abendmahlverständnis* – nach Jahrhunderten der polemischen Auseinandersetzung – zu einer starken Annäherung zwischen Protestanten und Katholiken gekommen. Auf *katholischer* Seite ist man sich mehr als in früheren Zeiten bewußt, daß der Sinn der sogenannten «*Transsubstantiations-Lehre*» (Wesensverwandlung von Brot und Wein) vor allem darin besteht, das Geheimnis der «wirklichen Gegenwart» des Herrn im Abendmahl herauszustellen, daß sie also weniger eine Bekenntnisformel ist als vielmehr eine theologische Erklärung, die in einer späteren geschichtlichen Entwicklung (1215) und mit einer bestimmten philosophischen Begrifflichkeit artikuliert wurde. Die Eucharistie bleibt ein Sakrament des Glaubens, und seine Wirklichkeit kann nicht «dinglich» verstanden werden, losgelöst vom Glauben der Kirche und der kommunizierenden Gläubigen. Der «*Opfercharakter*» des Abendmahls ist nicht unabhängig vom einmaligen Opfer Christi am Kreuz zu verstehen. So würde man Unrecht tun – das Zweite Vatikanische Konzil hat selber eine

¹ Der Text ist zu beziehen bei: Verlag Ræber AG, Frankenstraße 7-9, CH-6002 Luzern.

Korrektur angebracht –, wollte man das evangelische Abendmahl als eine «leere Zeremonie» betrachten.

Auf *protestantischer* Seite ist man sich mehr als in früheren Zeiten bewußt, daß jede angemessene Abendmahlslehre das Geheimnis der *Realgegenwart* zu artikulieren hat. Das Abendmahl ist nicht ein bloßer Ritus, durch den die Gläubigen ihren Glauben zum Ausdruck bringen, sondern dieses Sakrament ist selbst die Gabe Gottes an die Kirche und die Kommunizierenden. Es erhält seinen vollen Sinn aus dem einmaligen Opfer Christi am Kreuz. Es wäre daher ebenso ungerecht, die katholische Messe als eine «vermaledeyte Abgötterei» (Heidelberger Katechismus, Frage 80) zu bezeichnen.

Dieses gegenseitige Einvernehmen muß sich auch auf das Zeugnis auswirken, das die Kirchen vor Gott und der Welt ablegen wollen, indem sie die Eucharistie als die eigentliche Mitte ihres Lebens feiern. Wohl verbieten gewisse noch verbleibende Differenzen in der Wahrheitsfrage und im Bekenntnis, in der Zuordnung von Amt und Eucharistie die volle Abendmahls-gemeinschaft oder wahllose Interkommunion, aber das neuentdeckte Maß an Gemeinsamkeit darf ein gemeinsames eucharistisches Zeugnis auch nicht völlig ausschließen, besonders nicht in Ausnahmefällen und Notsituationen wie bei Misch-ehen; ökumenischen Gruppen und Gläubigen in der weitgestreuten Diaspora. Was die Form der Abendmahls-gemeinschaft betrifft, denkt man zunächst an die Teilnahme von Gläubigen der einen Konfession an der Eucharistiefeier der andern Konfession, und zwar wechselseitig. Gemeinsame Feiern unter dem gemeinsamen Vorsitz von Amtsträgern verschiedener Kirchen hält man nicht für angebracht. Sogenannte «Verbundene Feiern», bei denen die Vorsteher konfessionsverschiedener Gemeinschaften sukzessive oder gleichzeitig, aber unter doppeltem Vorsitz und mit getrennter Kommunion die Liturgie vollziehen, möchte man nicht «allgemein empfehlen».

Diese letztere Art von Abendmahlsfeier setzen die Autoren irrtümlicher oder mißverständlicher Weise der «Joint Celebration» (in englischer Terminologie) gleich. Die «Joint Celebration» ist aber nach angelsächsischem Verständnis nicht eine Art gleichzeitiger oder sukzessiver Doppel-Zelebration oder Doppel-Konsekration, sondern eine einzige gemeinsame Zelebration, bei der die zur Abendmahlsfeier bevollmächtigten Amtsträger der beteiligten bekenntnisverschiedenen Kirchen so zusammenwirken, daß jeder Amtsträger das vollzieht, was in seiner eigenen Kirche für die Gültigkeit des Abendmahles gefordert wird, und dies nach einer gemeinsamen Liturgie, die alle von den entsprechenden Kirchenordnungen als notwendig erachteten Elemente einer Eucharistiefeier enthält.² Die Eucharistie ist der Kirche als Vermächtnis der Einheit, aber auch der Liebe und der Versöhnung anvertraut. «Deshalb darf sie nie», folgert das Dokument, «durch die Grenzen der historisch getrennten Konfessionen eingengt werden. Sie drängt von sich aus zu den «vielen» Brüdern.» Und auch hier gilt, was von der Liebe gilt: Nicht die Gemeinschaft der Kirche ist Grundlage der Liebe, sondern die Liebe im Herrn ist Grundlage der Gemeinschaft.³

Albert Ebner

² Eine «Joint Commission» bedeutet im Englischen auch nicht eine Doppel-Kommission, sondern eine einzige gemischte Kommission, die gesamthaft berät und entscheidet. Die «Doppel-Zelebration» an zwei Tischen oder wenigstens an den Enden des gleichen Tisches oder zeitlich hintereinander ist unseres Erachtens eine so gekünstelte, um nicht zu sagen schizophrene Sache, daß sie des Herrenmahles unwürdig ist. Die «Joint Celebration», richtig verstanden, ist jedoch eine würdige und mögliche Form, die einerseits die noch ungelöste Vollmachtsfrage brüderlich zu überbrücken sucht, andererseits auch nicht eine «volle Gemeinschaft» vortäuschen will, da sie nur für Menschen mit ökumenischer Erfahrung und genügender geistlicher Vorbereitung, insbesondere für ökumenische Treffen und Konferenzen gedacht ist.

³ Mit der Interkommunion befaßt sich im gleichen Geist und mit ähnlichen Folgerungen die Vorlage der Schweizer Synode 72: *Ökumenischer Auftrag in unseren Verhältnissen*, 2. Teil, Abschnitt 4: «Auf dem Weg zur Eucharistiegemeinschaft» (Auslieferung des Textes wie Anm. 1).

EINE VERHÄNGNISVOLLE ILLUSION

Der folgende Beitrag ist der erste von drei Artikeln zum Thema «Energie, Geschwindigkeit und soziale Gerechtigkeit». Es wird dabei der Versuch unternommen, fundamentale widersprüchliche Tendenzen in unserer heutigen Gesellschaft aufzuzeigen. Manches mag auf den ersten Blick recht «prophetisch» klingen. Doch die Einsicht, daß man heute mit bloßen Anpassungskuren nicht mehr weiterkommt, drängt sich immer stärker auf. So müssen auch gewagte Versuche, die Fragen neu zu bedenken, sehr ernsthaft gehört werden. Der Autor, *Ivan Illich*, ist für unsere Leser kein Unbekannter. Mit seinem Beitrag «Schule – Fortschritt – Götze?» («Orientierung» 1971, S. 221 ff.) hat er in unserer Zeitschrift bereits einmal eine längere Diskussion ausgelöst.

Redaktion

Es gehört heute zum guten Ton, von der *Energiekrise* zu sprechen. Doch dies ist nur ein Euphemismus, der sowohl einen Widerspruch maskiert als auch eine Frustration verrät und eine Illusion verewigt. Der Widerspruch liegt im Versuch, einen sozialen Zustand zu schaffen, der sowohl die *Gleichberechtigung* als auch ein *ständiges industrielles Wachstum* garantieren soll. Er verrät, welchen Grad die Frustration, die von der industriellen Entwicklung hervorgerufen worden ist, bis jetzt bereits erreicht hat. Schließlich verewigt er die Illusion, daß man die menschliche Arbeitskraft unbeschränkt durch Maschinenkraft ersetzen könne. Diese Illusion ist sowohl für die armen wie auch für die reichen Länder verhängnisvoll.

Indem die Reichen das Reden von der Energiekrise verbreiten, schaden sie den Armen noch mehr, als wenn sie ihnen die Produkte ihrer Industrie verkaufen. Die Armen ihrerseits beladen sich eben dadurch, daß sie die Erklärungen der Reichen bezüglich der Energieknappheit sich aneignen, mit einem Nachteil im erzwungenen Wettlauf nach unbeschränktem Wachstum. Sie entscheiden sich für eine modernisierte Armut,

statt daß sie durch einen vernünftigen Gebrauch der Technik zur Reife gelangen würden. Deshalb ist es äußerst wichtig, jene Wirklichkeit, die durch den Begriff «Krise» nur verborgen wird, klar zu sehen. Der nach dem Maßstab der Industrie gesteigerte Verbrauch von Energiequanten hat auf die soziale Struktur ebenso zerstörerische Auswirkungen wie auf die Umwelt.

Ein Luxuswerkzeug

Die am meisten verbreiteten Umwandlungsformen der Energie erschöpfen die Naturschätze und verschmutzen die Umwelt. Sie sind nicht nur kostspielig und deshalb selten, sie sind auch in dem Sinn zerstörerisch, daß sie ihren eigenen Mangel erzeugen. Die herkömmlichen Bemühungen, mehr Benzin zu produzieren, es besser zu raffinieren und seine Verteilung zu kontrollieren, geraten jetzt in Konkurrenz mit einer entfesselten Suche nach Quellen von sauberer Energie. Aber eine saubere Technik braucht entweder wenig Energie, oder dann kommt sie sehr teuer zu stehen und wird damit zu einem Luxuswerkzeug, um die dringendsten Bedarfsgüter zu produzieren.

Wunder-Samenkörner der «grünen Revolution» lassen beispielsweise die Hungernden, deren Zahl durch das industrielle Wachstum vervielfältigt wurde, überleben. Dieses neue Saatgut läßt sich aber auf mit Energie in Form von Süßwasser, von chemischem Dünger und Schädlingsmitteln. Und der Preis dafür muß weniger in Dollars als in sozialen Umwälzungen und in ökologischer Zerstörung bezahlt werden. Weil sie immer mehr von der «grünen Revolution» abhängen, werden in diesem Jahr zum ersten Mal die vier Fünftel der Menschheit,

die am wenigsten industrialisiert sind, als Konkurrenten der privilegierten Minderheit in Sachen Zerstörung auftreten, und ihr Tun wird bewirken, daß die Natur unwiederherstellbar gestört wird. Die Privilegierten sind schon daran, die Kontrolle über die Verschmutzung des Planeten zu verlieren. So können die Armen ihre Hoffnung auf Überleben in der Umwelt, die ihnen die Großmütigkeit der Reichen «anbietet», nur noch auf Utopien, wie die Bevölkerungsabnahme in den nächsten zehn Jahren oder die Entsalzung des Meerwassers durch Fusionsenergie, gründen. An die Möglichkeit einer sauberen Energie als Heilmittel für alle Übel zu glauben, ist ein Irrtum im Bereich des politischen Urteilens: man stellt sich nämlich vor, daß die *Gleichberechtigung* und der *Energieverbrauch* gleichzeitig wachsen könnten. Als Opfer dieser Illusion setzen die Industrieländer nicht die geringste Einschränkung gegen das Anwachsen des Energieverbrauchs. Und dieses Wachstum setzt sich fort mit dem *einen* Ziel, immer mehr Leute mit den Produkten einer von immer weniger Leuten kontrollierten Industrie zu versehen. Nach dieser irrigen Meinung müßte es möglich werden, die Nutznießung der produzierten Güter und damit auch die Informationskontrolle und die Energienutzung gleichmäßig zu verteilen, wenn man nur die Ausbeutungsverhältnisse aufheben und die technischen Fehler korrigieren würde.

Eine kritische Schwelle

Gleichzeitig einen sozialen Zustand auf der Grundlage der Gleichberechtigung und ein immer höheres Niveau industriellen Wachstums erreichen zu wollen ist aber nur so lange möglich, als der Energieverbrauch pro Kopf unterhalb einer gewissen Schwelle bleibt. Ich habe in meiner Analyse des Schulsystems gezeigt, daß je höher der Energieverbrauch pro Kopf in einer gegebenen Gesellschaft ist, desto größer jener Anteil der Gesamtanstrengung wird, der der sozialen Kontrolle zufällt. Diese Kontrolle liegt zunächst bei den Erziehern und Psychiatern, bei den sozialfürsorglichen und medizinischen Körperschaften, aber auch bei den Planern, Direktoren und Programmierern aller Art, ganz zu schweigen von der Polizei und der Armee.

Jede soziale Struktur zersetzt sich jenseits einer bestimmten Schwelle des Energiekonsums. Wenn einmal diese Alarmmarke überschritten ist, ersetzt die Erziehung, die inzwischen die Dienerin der Bürokratie geworden ist, die gesetzlichen Garantien persönlicher Initiative.

Indem ich die *metabolische* Energie als Energie, die durch den menschlichen Körper umgesetzt wird, definiere, möchte ich zeigen, daß die Technokratie den Sieg davonträgt, sobald die Beziehung der mechanischen Energie zur metabolischen Energie einen bestimmten Punkt überschreitet. So hat der schnelle motorisierte Transport die Tendenz, die natürlichen Formen menschlicher Fortbewegung zu erdrücken und den Verkehr zu stauen – und das gilt für jede Technik und für jede Art von Verkehrsmittel.

Die Ökologen haben recht mit der Aussage, daß jede *nicht-metabolische* Energie verschmutzend wirkt. Sobald eine bestimmte Schwelle überschritten wird, ist diese Energie notwendigerweise zerstörend. Selbst wenn es einmal gelänge, eine nicht verschmutzende Energie in großen Mengen zu produzieren, so würde doch der massive Gebrauch von Energie die gleiche Wirkung auf den sozialen Körper ausüben, wie die Vergiftung durch ein Rauschmittel, das zwar physisch ungefährlich ist, aber psychisch versklavend wirkt. Ein Volk kann wählen zwischen der Fortführung der Vergiftung und einem dramatischen Sieg über den Mangel, aber es kann nicht die Vergiftung durch die Energie mit einer echten Demokratie verbinden. Die Ausübung der Demokratie ist unlösbar an eine Technik mit niedrigem Energieverbrauch gebunden.

Die sogenannte *Energiekrise* ist ein politisch zweideutiger Begriff. Nimmt man sich die Mühe, das rechte Maß im Energiegebrauch und das adäquate Kontrollverfahren zu bestimmen, stellt man sich sozusagen an eine Wegkreuzung. Zur Linken öffnet sich die Möglichkeit einer politischen Deblockierung und Neugestaltung, die zu einer nach-industriellen Wirtschaft führen würden, in der die persönliche Arbeit, ein niedriger Energieverbrauch und die Verwirklichung der Gleichberechtigung ausschlaggebend wären. Zur Rechten bietet sich die Möglichkeit, eine Eskalation des Wachstums auszulösen, in der weiterhin das Kapital und die Institution tonangebend wären, allerdings ohne eine weitere Aussicht als die einer nahen super-industriellen Apokalypse.

Den ersten Weg zu wählen heißt, eine politische Deblockierung und Erneuerung aufgrund folgenden Postulates zu wollen: Wenn der Energieverbrauch pro Kopf einen gewissen kritischen Punkt überschreitet, dann entzieht sich die Energie einer politischen Kontrolle. Die gegenteilige Wahl führt zu einer sozialen Krise, und zwar, weil der ökologische Zwang zu einer totalen industriellen Planung des Energieverbrauchs führt.

In den reichen Ländern wie den Vereinigten Staaten, Japan oder Frankreich würden sich die Gesellschaften in einem letzten Energiekrampf selber vernichten, noch bevor sie in ihrem eigenen Kehrriecht ersticken würden. Länder wie Indien, Burma und für einige Zeit, so hoffe ich, auch China sind dagegen noch stark genug mit Muskeln ausgerüstet, um sich einer Energiekrise zu erwehren. Sie sind noch imstande, ihren Energieverbrauch unter jener kritischen Schwelle zu halten. Diese Schwelle macht sich auch für die Mächtigen als Bedingung zum Überleben geltend. Die Armen wie die Reichen müssen über die Illusion «*je mehr Energie, umso besser*» hinauskommen. Um das zu erreichen, muß man zuerst die Energieschwelle bestimmen, jenseits von der die zerstörerische Wirkung einsetzt. Und dies muß in einem politischen Prozeß unter Beteiligung der Bevölkerung geschehen. Der erste Schritt besteht darin, die Schwelle zu markieren, und der zweite, die Spannweite der mechanischen Kraft abzustecken, in deren Rahmen eine bestimmte Gesellschaft die Maschine besser beherrscht. Der Verkehr bietet ein gutes Beispiel für die Dringlichkeit einer solchen Untersuchung und für unsere Blindheit vor der Evidenz der Dringlichkeit. Ich beschränke mich auf die Analyse des Personenverkehrs, jene des Güterverkehrs würde ein ganz anderes Vorgehen erfordern.

Die Verkehrsindustrie

Wenn die Leute dem Transportwesen tributpflichtig werden, und zwar nicht nur anlässlich einer Reise, sondern für ihre täglichen Gänge, dann wird der Widerspruch zwischen sozialer Gerechtigkeit und motorisierter Energie, zwischen der Freiheit der Person und der Mechanisierung der Straße offenbar. Die Abhängigkeit von automobilen Maschinen versagt ausgerechnet einer Kollektivität von Wesen, die über eine eigene Bewegungsmöglichkeit verfügen, den Gebrauch jener Möglichkeiten, die durch die Verbesserung des Verkehrs angeblich geschaffen werden.

Die Leute bewegen sich ohne Schwierigkeit zu Fuß. Denn schließlich sind die Menschen fähig (und wissen wie) zu marschieren. Von einer durch die Technik verbesserten Fortbewegung müßte man die folgenden minimalen Wirkungen erwarten: Größere Mobilität als zu Fuß, die Möglichkeit für jeden, seinen Aktionsradius frei zu erweitern, ein neuer Fächer von Richtungen und eine bequemere Transportweise. Dies alles sollte zum Preis eines kleinen Abschnittes jener Sozialzeit, die unter politischer Kontrolle steht, erreicht werden.

Doch was stellen wir heute fest? Überall hat das Wachstum der Verkehrsindustrie die Gleichheit unter den Menschen vermindert, die persönliche Bewegungsfreiheit auf ein industriell kon-

zipiertes Straßennetz beschränkt, den Zeitmangel vergrößert. Sobald die Geschwindigkeit der Fahrzeuge eine bestimmte Grenze überschreitet, werden die Menschen Gefangene eines feststehenden täglichen Kreislaufs, den die statistischen Büros im Gegensatz zu den eigentlichen Reisen unter Arbeits-, Schul- und Einkaufsweg usw. aufzählen. Die Ausweitung dieser für jeden obligatorischen Wege hat unweigerlich für die meisten die Reduzierung der möglichen Wegziele zur Folge. Man schafft Inseln von Privilegien zum Preis einer allgemeinen Sklaverei. Während einige in einem Leben voll von Reisen die zurückgelegten Kilometer «kapitalisieren», verbringen die andern, und zwar die Mehrheit, einen immer größeren Teil ihres Lebens mit aufgezungenen Ortsveränderungen in den Transportmitteln. Während die einen auf «fliegenden Teppichen» reisen, müssen die andern immer schneller auf den gleichen monotonen Wegstrecken sich bewegen und immer mehr Zeit für solche Ortsveränderungen opfern.

Vier Fünftel der Zeit, die die Menschen in den USA auf den Straßen verbringen, wird gebraucht für den Weg vom Wohnort zum Arbeitsplatz und zum Supermarkt. Und vier Fünftel jener Kilometer, die für Kongresse und Ferienreisen aufgewandt werden, kommen 1 1/2% der Bevölkerung zugute. Ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung muß jeden Tag 40 km zwischen dem Wohnort, der Schule, dem Arbeitsort und dem Supermarkt zurücklegen, damit 1/2% der Bevölkerung mehr als einmal im Jahr mit dem Flugzeug reisen kann. Jeder muß seinen obligatorischen Weg verlängern, damit einige andere unzählige Kilometer in einem einzigen Leben hinter sich bringen können. Nur einige reiche Gesellschaften können ein

solches Privileg einer so kleinen Minderheit offerieren. Einige Augenblicke hoher Geschwindigkeit geben allerdings dem gewöhnlichen Transportbenützer die Illusion, auch zur erlesenen Welt der hohen Energieverbraucher zu gehören. Weil er hie und da eine hohe Geschwindigkeit erreichen kann, verstärkt er in sich selber jenes Trugbild, dessen ausgesuchtes Opfer er selber ist, und er wird so zum Komplizen bei der Zerstörung eines jahrtausendalten Lebensrahmens.

Der typische Amerikaner verwendet jährlich über 1500 Stunden für sein Auto. Er sitzt darin (beim Fahren oder Warten), er arbeitet, um es mit allen zusätzlichen Ausgaben (Pneus, Benzin, Straßentaxe, Versicherung, Steuer usw.) zu bezahlen. Er verwendet vier Stunden pro Tag für sein Auto. Dabei sind die mit dem Transport zusammenhängenden Tätigkeiten nicht eingerechnet, wie etwa die Zeit im Spital, vor Gericht, in der Garage, die Zeit, die man braucht um die Autoreklamen am Fernsehen zu verfolgen oder um das Geld für eine Ferienreise zu verdienen. Dieser Amerikaner braucht 1500 Stunden, um 10000 km zurückzulegen. Er benötigt also durchschnittlich eine Stunde für sechs Kilometer. In jenen Ländern, die keine Transportindustrie kennen, erreichen die Menschen genau die gleiche Geschwindigkeit und können erst noch das Ziel ihrer Bewegung frei wählen. Sie gehen zu Fuß und brauchen dafür 3 bis 8% ihrer sozialen Zeit. Der Unterschied bezüglich des Verkehrs zwischen den reichen und sehr armen Ländern liegt folglich nicht im größeren Wirkungsradius, sondern in der Verpflichtung – bedingt durch die Transportindustrie –, die Energie in hohen Quanten zu konsumieren.

Ivan Illich, Cuernavaca

DAS KÜNFTIGE PANORTHODOXE KONZIL

Die orthodoxe Kirche nennt sich gern selbst «die Kirche der sieben ökumenischen Konzilien». Das konziliare oder synodale Prinzip bestimmt wesentlich ihre Struktur. Die orthodoxe Kirche kennt kein Papsttum, ja sie lehnt es grundsätzlich als eine Verirrung ab. Die höchste Autorität in der Kirche kommt nach der traditionellen orthodoxen Lehre dem ökumenischen Konzil zu. Die einzelnen regionalen Kirchen können über wichtige Fragen der Lehre und der Disziplin keine Entscheidung fällen. Dieses Entscheidungsrecht übt ausschließlich das ökumenische Konzil aus. Um so frappierender ist es, daß diese höchste, allein mit Entscheidungsbefugnis ausgerüstete Instanz in der orthodoxen Kirche tatsächlich seit zwölf Jahrhunderten nicht mehr existiert. Das letzte von der orthodoxen Kirche anerkannte ökumenische Konzil ist das Zweite Nicaenum des Jahres 787, das die Bilderverehrung approbierte. Zwei bedeutende orthodoxe Theologen, *Paul Evdokimov* – inzwischen verstorben – und *Olivier Clément*, haben in einem 1971 in der Zeitschrift «Contacts» erschienenen «Appell an die Kirche» das Paradoxe dieser Situation in aller Offenheit anerkannt. Sie schreiben: «Es ist eine niederschmetternde Tatsache – un fait écrasant –, daß die ökumenischen Konzilien für die orthodoxe Kirche seit zwölf Jahrhunderten aufgehört haben» (S. 194).

Schon seit langem bemüht man sich bei den Orthodoxen um die Berufung eines Panorthodoxen Konzils. Versuche in dieser Richtung wurden bereits vor fünfzig Jahren unternommen. Die interorthodoxe Konferenz, die im Mai 1923 in Konstantinopel stattfand, sprach sich für die Einberufung eines Konzils aus. Patriarch Basilius III. von Konstantinopel sagte in einem Rundschreiben vom 10. Dezember 1925 das Konzil für Pfingsten 1926 auf dem Berg Athos an. Es kam wegen zahlreicher Schwierigkeiten nicht dazu. Die Hl. Synode von Konstantinopel verschob das Konzil am 27. April 1926 auf unbestimmte Zeit und sah nur einen vorbereitenden Kongreß vor, ohne dafür ein Datum anzugeben. Im Juni 1930 kam schließlich eine interorthodoxe Konferenz auf dem Berg Athos zustande. Die vom Patriarchen Photios II. zu Beginn des Jahres 1931 angesagte Prosynode, die Pfingsten 1932 auf dem Athos zusammentreten sollte, mußte

wiederum abgesagt werden. Es kam lediglich zu einem interorthodoxen Theologenkongreß in Athen im November/Dezember 1936.

Der Konzilsgedanke wurde durch den inzwischen (1972) verstorbenen Patriarchen *Athenagoras* mit neuer Energie wieder aufgenommen. Seiner unermüdlchen Initiative und seinem hohen persönlichen Ansehen ist es zu verdanken, daß im September 1961 auf der Insel Rhodos ein wirklich panorthodoxer Kongreß zustande kam, auf dem zwölf autokephale, das heißt selbständige orthodoxe Kirchen vertreten waren. Zum ersten Mal seit elf Jahrhunderten war die Gesamtorthodoxie wieder versammelt. Der Kongreß fand unter dem Vorsitz des Metropoliten *Chrysostomos von Myra* als des Vertreters des Ökumenischen Patriarchen statt. Auch die sonst gegenüber dem Führungsanspruch dieses Patriarchen sehr reservierten Russen waren damit einverstanden. Die Versammlung hat einen ersten Entwurf von Themen aufgestellt, die auf der künftigen «großen und heiligen Synode der heiligen orthodoxen Kirche» behandelt werden sollen.

Diese Benennung und nicht die eines «ökumenischen Konzils» wurde gewählt in Anknüpfung an die älteste Tradition der Konzilien. In der Tat hat sich das erste allgemeine Konzil, das von Nicäa (325), nicht «ökumenisch» genannt, sondern eben das «heilige und große Konzil». Der Vorsitzende der vorbereitenden Kommission, Metropolit *Meliton* vom Patriarchat Konstantinopel, hat in einem Interview im Februar 1970 als Begründung für die gewählte Benennung angegeben, alle vorhergehenden Konzilien (des ersten Jahrtausends) hätten sich so genannt. Erst das Bewußtsein der Kirche habe sie als «ökumenisch» qualifiziert (Episkepsis 2. 3. 1970, S. 33). Das entspricht nicht genau den historischen Tatsachen. Es genügt ein Blick in die von Mansi besorgte große Aktensammlung der Konzilien, um sich zu überzeugen, daß diese Kirchenversammlungen, von Ephesus (431) angefangen, sich selbst als «ökumenisch» bezeichneten. Der Präsident des Sekretariats zur Vorbereitung des Konzils, Metropolit *Damaskinos* von Tranu-

polis, hat in einem Interview im Mai 1972 (Ep. 30. 5. 1972, S. 2 ff.) eine ähnliche Erklärung gegeben wie Meliton. Er fügte aber hinzu, die orthodoxe Kirche sei durchaus überzeugt, ein ökumenisches Konzil berufen zu können, da sie sich als die ungeteilte, allein wahre Kirche Christi verstehe. Das kommende Konzil solle die Reihe der alten Konzilien des ersten Jahrtausends fortsetzen, und es werde ihm die höchste Autorität in der orthodoxen Kirche zukommen. – Man hat also das Wort «ökumenisch» nicht etwa aus Rücksicht auf die katholische Kirche vermieden, weil man ein Konzil ohne sie nicht als wirklich ökumenisch ansähe. Analog dazu hatte ja auch die katholische Kirche keine Bedenken, ihr Konzil «ökumenisch» zu nennen, obwohl die orthodoxe Kirche nur durch Beobachter vertreten war.

Der erste Themenkatalog und seine Kritik

Man bildete in Rhodos sechs vorbereitende Kommissionen, die sechs vorläufige Themenkreise für das Konzil aufstellten: 1. Glaube und Dogma, die Quellen der Offenbarung: Schrift und Tradition. 2. Liturgie: Stärkere Beteiligung des Volkes an der Liturgie und überhaupt am Leben der Kirche. 3. Fragen der Kirchenverwaltung: Anpassung der Fastenvorschriften an die heutige Zeit. 4. Die Ebehindernisse. 5. Die Kalenderfrage. 6. Die «Ökonomie» und die «Akririe» in der orthodoxen Kirche. – Unter «Ökonomie» versteht man die Anpassung der an sich strengen Vorschriften zum Beispiel über die Gültigkeit der Sakramente anderer Kirchen an die konkrete Situation, unter «Akririe» die buchstabengetreue Ausführung dieser Vorschriften (Ep. 16. 2. 1970, S. 4).

Dieser Themenkatalog, der den einzelnen Kirchen zugesandt wurde, die sich dazu äußern und Gutachten dafür ausarbeiten sollten, hat viel Kritik gefunden, und diese Kritik zeigt uns, was man in der Orthodoxie vom Konzil eigentlich erwartet

und warum man es für notwendig hält. – Eine positive Erklärung der Bedeutung der sechs Themen gab zum Beispiel der Metropolit *Chrysostomos von Myra* vom Patriarchat Konstantinopel in seiner Homilie bei Gelegenheit einer Sitzung der vorbereitenden Kommission am 18. Juli 1971 in Chambésy bei Genf:

► Das orthodoxe Volk zweifelt in keiner Weise an der göttlichen Offenbarung (erstes Thema). Aber diese durch das ewige Wort Gottes erfolgte Offenbarung muß im täglichen Leben des Volkes Gottes greifbar und wirksam werden. Die Tradition der Kirche muß verlebendigt werden.

► Das zweite Thema, Teilnahme des Volkes an der Liturgie und am Leben der Kirche, ist nicht gestellt worden, weil es heute Mode ist, von der Bedeutung der Laien in der Kirche zu reden, sondern um die alte orthodoxe Lehre, daß Volk, Hierarchie und Klerus ein einziges Ganzes bilden, ein «Pleroma», das heißt eine Fülle, ein königliches Priestertum, wieder zu einer lebendigen Wirklichkeit in der Kirche zu machen.

► Die geltenden Fastenvorschriften sieht der Metropolit als heute nicht mehr erfüllbar an. Um die Gläubigen aus Gewissenskonflikten zu befreien, muß sich die Kirche darum kümmern, sie den gegenwärtigen Zeitverhältnissen anzupassen. Sie muß den Menschen beweisen, daß sie ihre Nöte kennt und sich um sie sorgt.

► Aus dem gleichen Grund muß die Frage der Ebehindernisse behandelt werden.

► Die Kalenderfrage betrifft vor allem das Osterdatum. Es ist unerträglich, daß ein Teil der Christenheit bereits Ostern feiert, während ein anderer Teil noch um den Gekreuzigten trauert.

► Die Frage der «Ökonomie» und der «Akririe» bedarf der Klärung, um die Kirche von dem Vorwurf der Willkür und des Opportunismus zu reinigen.

Die Aufgabe des Konzils ist es also, nach dem Metropoliten *Chrysostomos*, die Kirche, ihre Lehre und ihre Praxis in den Augen der orthodoxen Menschen von heute glaubwürdiger zu machen. Dieses Ziel würde nach ihm durch die Behandlung der sechs Punkte von Rhodos im wesentlichen erreicht.

Revision der Agenda

Trotzdem hat die vorbereitende Kommission, die vom 16. bis 28. Juli 1971 in Chambésy tagte, einstimmig den Wunsch nach einer Revision der Themenliste von Rhodos ausgesprochen (Ep. 3. 8. 1971, S. 2). Diese erschien ihr chaotisch, zu weitläufig und ungenügend strukturiert. Man vermißte in ihr eine rechte Hierarchie der Werte. Eine präkonziliare panorthodoxe Konferenz, die möglichst bald durch den ökumenischen Patriarchen zu berufen wäre, sollte sich mit der Revision der in Rhodos aufgestellten Konzils-Agenda befassen.

Der Episkopat der Kirche Griechenlands nahm Anfang 1973 zu der Agenda Stellung und lud alle einzelnen Bischöfe (etwa siebzig) ein, sich vor Ende März über diese Revision zu äußern. Im allgemeinen wurden die Vielheit und das zusammenhanglose Nebeneinander der Themen gerügt, und man verlangte eine Konzentration auf ein präzises Thema.

Der Metropolit *Parthenios* von Karthago, der sich im August des laufenden Jahres als Gast des Orthodoxen Zentrums des ökumenischen Patriarchats in Genf aufhielt, hat dem Redaktor von «Episepsis» seine Eindrücke über die Arbeiten der vorbereitenden Kommission mitgeteilt und zu den vorliegenden Arbeitsdokumenten Stellung genommen:

► Er stellte sich im ganzen positiv zum Dokument über die Offenbarung, bemerkte jedoch, man hätte ausdrücklich hervorheben sollen, daß unsere Zeit eine neue Formulierung der Dogmen verlangt, ohne daß damit ihr Sinn verfälscht werde.

► Zum zweiten Dokument «Teilnahme der Laien an der Liturgie wie überhaupt am Leben der Kirche» bemerkte der Metropolit: Die Teilnahme der Laien müsse alle Gebiete des Lebens der Kirche betreffen.

► Zum Thema «Fasten» sagte er, man müsse sich von gewissen alten Vorstellungen frei machen.

► Beim Thema «Ebehindernisse» wünschte er, daß man ohne Furcht und Zögern vorangehe. Man solle mindestens den Diakonen, aber am besten auch den Priestern die Ehe auch *nach der Weisheit* gestatten.

► Zur Kalenderfrage meinte er, daß Ostern in der ganzen Welt von allen Kirchen am gleichen Tag gefeiert werden solle.

Reisen ins HEILIGE LAND

Planen Sie für 1974 eine Reise mit Ihrer Pfarrei, Ihrem Verein oder Ihren Freunden nach Israel? Mit nur 20 Teilnehmern ist die Durchführung gesichert! Sollte die Gruppe aber nicht zustandekommen, so entstehen Ihnen dadurch keinerlei Kosten, weder für das von uns kostenlos gelieferte vierfarbige Programm noch für andere Vorbereitungsarbeiten.

Wir haben uns auf die Durchführung von Studienreisen und Wallfahrten nach Israel spezialisiert und stützen uns dabei auf eine langjährige Erfahrung. Zudem erhalten wir von unserem Agenten in Jerusalem dank großem Umsatz besonders preisgünstige Konditionen – ein weiterer Vorteil für Sie.

Für Fr. 1400.— pro Person offerieren wir Ihnen z.B. eine zwölf-tägige Rundfahrt inkl. Flug, Vollpension an allen Tagen, Unterkunft in guten Mittelklass-Hotels (Doppelzimmer mit Bad/WC), Taxifahrt auf den Tabor, Bootsfahrt über den See Genesareth, örtliche Reiseführung, Taxen, Gebühren usw. Der 21. Platz ist gratis.

Die Reisen werden in enger Zusammenarbeit mit Swissair, El Al und anderen IATA-Gesellschaften durchgeführt.

Bitte setzen Sie sich mit unserem Herrn F. Christ in Verbindung. Er wird Sie als Fachmann bei der Gestaltung Ihrer Rundreise gerne beraten.



ORBIS-REISEN

9001 St. Gallen, Bahnhofplatz 1, Telefon (071) 22 21 33

▷ Betreffs der sogenannten «Ökonomie» vertrat er, daß man in diesem Punkt zu einer einheitlichen Praxis in der ganzen Orthodoxie gelangen müsse.

Auch andere orthodoxe Kirchenmänner haben sich öffentlich über ihre Wünsche und Erwartungen im Zusammenhang mit dem Konzil geäußert. Einige Schwerpunkte aus diesen Äußerungen seien hier erwähnt.

Die allererste und dringlichste Aufgabe des Konzils muß es sein, den alten orthodoxen Glauben neu auszusagen, daß er den Menschen von heute wirklich anspricht. Der französische orthodoxe Professor Olivier Clément, der aus völliger Religionslosigkeit zum Christentum in der Form der Orthodoxie fand, hat das, worum es hier geht, in einem «Bereiten wir das Konzil vor!» betitelten Aufsatz, der 1971 in der Zeitschrift «Contacts» erschien, treffend formuliert:

«Es geht nicht darum, ein neues Glaubensbekenntnis auszuarbeiten ..., sondern es tut not, aus dem tiefsten Innern der Kirche einen lauten Schrei des Glaubens und der Freude hervorzulocken, die große Erfahrung der Liebe, die stärker ist als der Tod, die die Märtyrer mit ihrem Blut besiegelt haben ... Es geht darum, das Zeugnis von der Auferstehung herauszurufen, die unsere Auferstehung bedeutet, das Zeugnis vom Geist, der uns lebendig macht, von der Dreieinigkeit, die Quelle aller Liebe und allen persönlichen Daseins ist. Es geht darum, die Kirche aufzuweisen, die trotz all ihres Elends der Ort ist, wo die Auferstehung uns mitgeteilt wird, wo wir zum Leben berufen werden in der Gemeinschaft mit dem dreieinigen Gott, wo wir in dieser Gemeinschaft durch die Gnade des Geistes unsere eigene persönliche Berufung finden können, die unsere schöpferische Freiheit ist. Man muß einen kurzen, einfachen und doch unendlich tiefen Text ausarbeiten, um dem Menschen von heute lebensvoll klarzumachen, wie Gott ist, daß Gott Mensch wurde, damit der Mensch Gott werden könne» (Contacts 1971, S. 400/401).

Das ist ein Beispiel für viele Aussagen über die erste und vorrangigste Aufgabe des Konzils. Die zweite Aufgabe wäre nach Clément und anderen, aufzuweisen, wie dieser Glaube heute gelebt werden muß. Es geht da auch um die Erneuerung der Liturgie. Clément schreibt in dem schon zitierten Aufsatz: Einer der größten Skandale der zeitgenössischen Orthodoxie ist es, daß die Theologen über die «eucharistische Ekklesiology» gelehrte Abhandlungen schreiben, während bei den meisten Feiern der Liturgie kein Mensch kommuniziert (l. c. S. 404).

Ein theologisches Symposium, das im September 1972 in Saloniki stattfand und von elf orthodoxen Fakultäten besickt wurde, hat sich unter anderem gerade mit diesem Problem der Anpassung der Liturgie an die heutige Situation befaßt. Die Meinungen gingen weit auseinander. Manche befürworteten eine totale Umgestaltung der Liturgie, andere wollten sie völlig unangetastet lassen. Es kommt darauf an, ob man es als wichtiger ansieht, die konservativen Kirchenbesucher zu befriedigen oder die abseits Stehenden zu gewinnen. Das Symposium hat eine Reihe von Dokumenten ausgearbeitet, von denen das dritte sich mit dem «Kult, der Tradition und der Geschichte» befaßt (Ep. 17. 10. 1972, S. 12/13). Hier heißt es:

«Es scheint, daß das liturgische Leben zwei fundamentale Ausdrucksformen haben muß: die monastische, als Stimme der betenden Kirche, und die pfarreiliche, als Stimme und Gegenwart der missionarischen Kirche in der Welt, die in einem Säkularisierungsprozeß steht. Wir haben erst damit begonnen, eine Lösung der Frage zu suchen, und doch hängt das Leben der Kirche in unserer verwirrten Welt weitgehend von dieser Lösung ab» (S. 13).

Hier ist das Problem sehr richtig gesehen: Die orthodoxe Liturgie ist dem klösterlichen Leben angepaßt, aber nicht genug dem konkreten Leben des Menschen von heute, der in einer säkularisierten Welt leben muß. – An konkreten Vorschlägen fehlt es nicht. Clément schreibt dazu: Man müßte wenigstens in manchen Musterpfarreien zum Modell einer vor-constantinischen Liturgie zurückkehren, die nicht ein Schauspiel vor dem Volk, sondern ein gemeinsames Handeln von Priester und Volk war ... Es wäre ratsam, überall langsam zum Gebrauch der Volkssprache überzugehen. – Die Vorschläge,

die Clément zur Erneuerung der Pfarreien macht, sind ganz parallel zu denen, die auch in der katholischen Kirche erörtert werden. Das Leben in unseren heutigen Riesenstädten erfordert nach Clément eine Aufteilung der viel zu großen Pfarreien in kleine und zahlreiche Einheiten, in denen allein eine wirkliche christliche Brüderlichkeit möglich ist, und in denen die gemeinsame Teilnahme an der Eucharistie ein Erlebnis eben dieser Brüderlichkeit vermitteln kann. Jede christliche Gemeinschaft soll wie in der Urkirche eine echte «agape», eine Gemeinschaft der Liebe sein (S. 403).

Für eine Vielzahl von kleinen Gemeinden wird man mehr Priester brauchen, als es heute gibt. In der orthodoxen Kirche stellt sich auch deshalb genau wie bei uns die Frage, ob die Weihe reifer berufstätiger Männer zum Priestertum in der heutigen Situation opportun ist. In der Orthodoxie gibt es bekanntlich von jeher einen verheirateten Weltklerus; aber trotzdem macht sich selbst bei der gegenwärtigen Organisation der Pfarreien Priesterangel bemerkbar. Wenn man wirklich zur Bildung vieler kleiner Gemeinden schreiten will, wird die Gemeinde ihren Priester aus ihrer eigenen Mitte wählen müssen, der dann in einer «Glaubenschule» einen kurzen Bildungsgang durchmachen soll, in der die Theologie mit dem Gebet, dem Dienst und der vertieften Kenntnis der heutigen Welt verbunden werden soll. So vertritt es Clément (S. 403). Das Konzil wird sich mit der Frage befassen müssen, wird aber gut daran tun, die Entscheidung den einzelnen Ortskirchen zu überlassen (S. 404).

Überwindung interner Gegensätze

Nun zu den der Orthodoxie eigenen Problemen: Das schwerste von allen, das auch von einsichtigen Orthodoxen durchaus gesehen wird, ist die Zusammensetzung der orthodoxen Gesamtkirche aus einer Vielzahl von autokephalen, das heißt vollkommen selbständigen nationalen Kirchen. Zu welchen Unzulänglichkeiten dieses System führt, wird vor allem in der orthodoxen Diaspora in Westeuropa und in Amerika deutlich, wo die verschiedenen nationalen Jurisdiktionen sich übereinanderschichten und auch oft genug aus politisch-religiösen Gründen gegeneinander stehen. Der gegenwärtige russische Patriarch Pimen hat noch vor seiner Wahl von diesen Schwierigkeiten gesagt, daß sie «die Beziehungen der örtlichen orthodoxen Kirchen untereinander vergiften» (Contacts 1972, Nr. 78/79, S. 179). Eine Lösung dieser Probleme muß Pimen zufolge noch vor dem großen Konzil gefunden werden, wenn man dessen Scheitern verhüten will. – Clément spricht von dem Skandal, daß die Diaspora zu einem Schlachtfeld geworden ist, wo die Bruchlinien, die sich leider in der Orthodoxie finden, am deutlichsten in Erscheinung treten (Contacts 1971, S. 410). – Die «Syndesmos» genannte Dachorganisation der orthodoxen Jugend auf Weltebene, die 1952 gegründet wurde, hat bei Gelegenheit ihres im Dezember 1967 in Chambésy gehaltenen Kongresses eine Entschliebung über die Notwendigkeit einer Lösung der Probleme der orthodoxen Diaspora gefaßt. Die verschiedenen Gruppen dieser Diaspora müssen untereinander und mit ihren Mutterkirchen zu diesem Zweck Kontakt aufnehmen (Contacts 1972, 178/179). Der Kongreß der orthodoxen Jugend der Französisch sprechenden Länder, der vom 30. Oktober bis zum 1. November 1971 in Annecy stattfand, machte sich die genannte Entschliebung zu eigen.

«Zur Vorbereitung der vom Konzil zu erwartenden Lösung der Frage müßte eine eigene Konferenz abgehalten werden, bei der auch Vertreter der verschiedenen Gruppen der Diaspora anwesend sein sollten und gehört werden müßten» (S. 182). Das theologische Symposium, das im September 1972 in Saloniki stattgefunden hat, sagte zur Sache:

«Das Konzil muß sich wagemutig zeigen gegenüber Problemen wie denen der Diaspora, der Autokephalie und des Rechtes der Appellation an das Ökumenische Patriarchat, da diese eine sofortige Lösung erheischen» (Ep. 17. 10. 1972, S. 10/11).

Autokephalie gegen Zentralinstanz

Hier klingt bereits ein Thema an, auf das wir sofort zu sprechen kommen werden: die Notwendigkeit der Schaffung einer ständigen zentralen Instanz in der Orthodoxie, einer Instanz, der wenigstens eine gewisse Autorität zukommen sollte. Clément stellt mit tiefem Bedauern fest, daß seit der interorthodoxen Konferenz vom Juni 1968 in Chambésy, als der durch Patriarch Athenagoras in der Orthodoxie erweckte Einheitsdynamismus seinen Höhepunkt erreichte, die Spannungen wieder zugenommen haben, insbesondere zwischen Moskau und Konstantinopel. Das Moskauer Patriarchat hat in den Jahren 1969 und 1970 im Alleingang wichtige Entscheidungen getroffen bezüglich der Organisation der Diaspora – gemeint ist die Anerkennung der Autokephalie der russischen Auslandskirche in Amerika – und der Zulassung von Nichtorthodoxen zur Kommunion. Die Auffassung von der orthodoxen Gesamtkirche als einer einfachen Föderation von völlig unabhängigen Schwesterkirchen wurde so wiederum gestärkt. Das russische Nationalkonzil von Zagorsk (Mai–Juni 1971) hat das wieder unterstrichen. Nichtrussische Orthodoxe durften an den Diskussionen nicht teilnehmen, auch nicht, wenn es sich um Fragen handelte, die die Gesamthodoxie betreffen. Die Moskauer Kirche wird verlangen, daß man die einseitig von ihr anerkannten autokephalen Kirchen von Polen, der Tschechoslowakei und vor allem von Amerika zum Konzil einlädt. Das wird zu Schwierigkeiten mit Konstantinopel führen (Contacts 1971, S. 395/396).

Der Bischof der Moskau unterstehenden Orthodoxen in Frankreich, *Pierre L'Huillier*, hat in einer Botschaft an das Komitee der orthodoxen Jugend in Frankreich die orthodoxe Ekklesiologie von der Autokephalie der Einzelkirchen wieder sehr stark unterstrichen, ja er bestritt dem ökumenischen Konzil praktisch jede Autorität über die Ortskirchen. «Das ökumenische Konzil» – so schreibt er wörtlich – «ist niemals als ein

supra-ekklesiales Organ aufgefaßt worden» (Contacts 1972, S. 179). Es dürfte schwer sein, diese Behauptung historisch zu erweisen. L'Huillier zufolge gewinnen disziplinäre Entscheidungen eines Konzils erst durch die Annahme von Seiten der Ortskirchen ihre Gültigkeit. Das heißt ja nun doch praktisch, dem ökumenischen Konzil jede wirkliche Entscheidungsfunktion abzuspüren, was mit der alten orthodoxen Tradition schwerlich zu vereinigen ist.

Demgegenüber wird von anderer Seite zur Überwindung der politischen und nationalen Rivalitäten zwischen den Ortskirchen der Akzent stärker auf die Universalität und Einheit der Kirche gesetzt und die Schaffung von zentralen Instanzen der Gesamthodoxie gefordert. Evdokimov und Clément schreiben 1971 in ihrem schon zitierten «Appell an die Kirche»:

«Das Bleigewicht der Geschichte erschwert die Bildung des Einheitsbewußtseins in der Orthodoxie ... Die politischen Hypothesen und die im Ringen um das Prestige begründeten Rivalitäten verzögern jede Aktivität, und manchmal werden sie zu einem wahren Elend ... Es scheint uns deshalb heute unerlässlich, an das Volk Gottes zu appellieren. Wenn es in dieser Vorbereitungszeit des Konzils erwacht, wird es die nötigen Organe der Begegnung und des Dialogs erzwingen: unter anderem eine ständige Synode der Gesamthodoxie im Zusammenhang mit dem Ökumenischen Patriarchat» (Contacts 1971, S. 194).

Die beiden Theologen verlangen «ein unerlässliches Minimum von administrativen Strukturen», die freilich nicht einen zentralistischen Apparat bilden sollen, aber die Gemeinschaft des Episkopats und des ganzen Volkes Gottes in der Orthodoxie fördern werden. Wörtlich heißt es dann:

«Die gleichzeitige Wiederentdeckung der Universalität der Kirche und die eucharistische Ekklesiologie werden langsam die Grenzen der Autokephalien verwischen, die das Mißtrauen und den Stolz begünstigen; und so soll dann der Dienst der Einheit, der Dienst des universalen Primats, wiederum seinen Ausdruck finden als «Vorsitz in der Liebe» und das synodale Prinzip soll auf panorthodoxer Ebene ständig zur Ausübung kommen» (i. c. S. 199).

Es wäre verfehlt, hier etwa ein Heimweh nach dem Primat im römischen Sinn entdecken zu wollen. Aber immerhin spüren diese Theologen, daß ein blosses Nebeneinander von völlig unabhängigen Nationalkirchen auch nicht das Ideal sein kann.

Das Komitee der orthodoxen Jugend betont in seiner Antwort auf die soeben zitierte Botschaft des Bischofs L'Huillier, der die Unabhängigkeit der autokephalen Einzelkirchen auch gegenüber dem ökumenischen Konzil erneut unterstrichen hatte, die Einheit und Universalität der Orthodoxie. Es heißt in diesem Brief:

«Wir haben oft zu tun mit orthodoxen Gruppen verschiedensten Ursprungs ..., deren einzige gemeinsame Sprache das Französische ist. Für diese Orthodoxen ist die einzige Mutterkirche, von der sie sich abhängig wissen, die orthodoxe Kirche in ihrer Gesamtheit, die eine heilige, katholische und apostolische Kirche, die sich eben nur in einem ökumenischen Konzil kundtun kann, dessen Tradition die Kraft der Inspiration und der Entscheidungsgewalt in Erscheinung treten läßt, das Zeugnis der orthodoxen Einheit und Universalität, auch wenn es not tut, um den Preis der Einschränkung der Freiheit der Ortskirchen» (S. 184).

Hohe Erwartung trotz großer Schwierigkeiten

Diese Auseinandersetzung zeigt, wie tief die Gegensätze in der heutigen Orthodoxie sind und wie problematisch deshalb die Vorbereitung eines Konzils ist, das diese Gegensätze überbrücken sollte. In der Tat ziehen sich die Vorbereitungsarbeiten in die Länge. Die erste panorthodoxe vorkonziliare Konferenz, die im Laufe des Jahres 1972 stattfinden sollte, ist auf 1973 verschoben worden. Zwar versicherte das Patriarchat von Konstantinopel, dieser Aufschub habe nichts mit interorthodoxen Spannungen oder politischen Schwierigkeiten zu tun. Gegenüber den Stimmen des Zweifels an der Möglichkeit und der Notwendigkeit des Konzils erklärte das Patriarchat entschieden, jedermann müsse einsehen, daß die Einberufung des Konzils ein unbedingtes Gebot sei. Kritisiert wird von die-

Religiöse Sprache heute

Ein Weekend mit Prof. Wolfgang Binder und P. Willy Schnetzer

Glaubensaussagen, Gebete, die das Religiöse sprachlich glaubhaft ausdrücken, sind immer in einer bestimmten Zeitsituation oder einem Verstehenshorizont entstanden. Das gilt auch für den Ausdruck christlichen Glaubens. Der wache Christ spürt diesen Sachverhalt heute besonders.

Frage: Gibt es Texte, die den Glauben des modernen Menschen glaubhaft zur Sprache bringen? D.h. ohne die Sprache und ohne den Glauben zu verkürzen?

Mit Hilfe des Germanisten und des Theologen soll dieser Frage in Gemeinschaftsarbeit nachgegangen werden. Wir versprechen uns davon Anregung und Hilfe in der Suche nach dem eigenen adäquaten Ausdruck des Glaubens.

Beginn: Samstag, 17. November, um 16.00 Uhr

Schluß: Sonntag, 18. November, um 16.00 Uhr

Pension: Fr. 30.—

Kursbeitrag Fr. 15.—

Bildungshaus Bad Schönbrunn

CH-6311 Edlibach (Telefon 042/52 16 44)

ser Seite auch die Verbreitung inopportuner Diagnosen über Zeit und Ort des Konzils.

Am reserviertesten gegenüber dem Konzil und überhaupt gegenüber allen Bestrebungen, die Einheit der Gesamtorthodoxie zu stärken, ist die synodale russische Auslandskirche, die streng konservativ eingestellt ist. Ihre Leitung hatte früher ihren Sitz in Karlowitz in Jugoslawien, wick dann vor dem Einrücken der Kommunisten nach München aus und befindet sich jetzt in New York. Diese Kirche ist zwar zahlenmäßig nicht sehr stark, verfügt aber doch über nicht geringen Einfluß. Sie hat auch Serben, Rumänen und Franzosen in ihre Reihen aufgenommen, und sie gab den Griechen, die Anhänger des alten Kalenders sind und zur offiziellen Hierarchie in Opposition stehen, einen eigenen Bischof.

Trotz allem ist die Mehrheit der Orthodoxen für das Konzil. Nicht wenige Hierarchen und Theologen verlangen, um die Vorbereitung voranzutreiben, eine stärkere Aktivierung des gesamten Kirchenvolkes, das noch viel zu wenig Interesse für das Konzil zeigt. Im Januar 1971 hielt die Orthodoxe Akademie von Kreta eine Konsultation von Theologen, Priestern und Laien ab mit dem Thema: «Das Konzil und das christliche Volk». Der Direktor der Akademie, *Alexander Papaderos*, beklagte die Tatsache, daß die Theologie über das Konzil seit Jahrhunderten fast vergessen sei, wenigstens bei einem großen Teil der Gläubigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Volk intensiv für eine Teilnahme an der Vorbereitung des Konzils zu gewinnen, das ein Ausdruck des Bewußtseins der Gesamtkirche sein muß (Ep. 26. 1. 1971, S. 5).

Auf den 9. bis 14. Oktober dieses Jahres wurde erneut eine theologische Konsultation in der Akademie von Kreta angekündigt. Die Teilnehmer sollten über den Stand der Vorbereitungen des Konzils auf dem laufenden gehalten werden, insbesondere über die Revision der Themenliste. Das Sekretariat für die Vorbereitung des Konzils mit Sitz in Chambésy/Genf und die Akademie von Kreta haben die Konsultation einberufen. Auf dem Programm standen Berichte durch den Metropolitan Damaskinos von Tranupolis und durch die Professoren *Pheidias* und *Nellas*.

DIE BLEIBENDE VERBINDLICHKEIT DES DEKALOGS

Von den vielen Gesetzen und Vorschriften des Alten Testaments sind die «Zehn Gebote» nicht nur die bekanntesten, sondern in vieler Hinsicht auch die wichtigsten. Sie werden an zentraler Stelle des Alten Testaments zweimal überliefert, in Exodus 20 und Deuteronomium 5. In beiden Fällen stellen sie sich als Gebote aus Gottes eigenem Mund dar, die dieser vom Berg «Sinai» herab verkündigt. Sie haben damit den Charakter einer grundlegenden Proklamation des Gotteswillens. Nicht selten betrachtet man den Dekalog als «Bundesurkunde», durch die das grundlegende Verhältnis Israels zu seinem Gott, der Stämme zueinander und des einzelnen zum Volk konstituiert werde. Nach sehr alter Tradition liegen die «Zehn Worte», auf zwei Tafeln geschrieben, als Gottes heiligste Gabe in der Bundeslade. In der Anerkennung dieser Gottesgebote waren sich Juden und Christen einig, auch die Reformatoren übernahmen sie in ihre Katechismen und Predigten.

Doch die so lange unangefochtene Verbindlichkeit des Dekalogs ist heute schwer erschüttert. Dies ist einmal die Folge der historischen Kritik: Der Dekalog stammt nicht aus der Mosezeit, seine Darstellung als Gottesrede in einer Theophanie ist literarische Fiktion, nachweisbar lassen sich die meisten seiner ethischen Sätze aus der altisraelitischen Sippentradition, der Lebensbelehrung vom Vater auf den Sohn herleiten. Vieles, was der Dekalog gebietet, läßt sich auch außerhalb Israels nachweisen, oftmals viel früher, und neben dem Dekalog gibt

Trotz vieler Schwierigkeiten und Kritiken an der Vorbereitung des Konzils erwartet man viel von ihm, und zwar nicht bloß für die Orthodoxie, sondern auch für das Christentum überhaupt. Eine Erneuerung der Orthodoxie, deren Notwendigkeit man durchaus einsieht, würde für alle Christen eine Bereicherung sein. Das Konzil soll auch den Dialog mit den andern fördern und ihnen die Eigenwerte der Orthodoxie vermitteln. Evdokimov und Clément sprechen in ihrem «Appell an die Kirche» von der Aufgabe des Konzils auch für das westliche Christentum:

«Wenn die Orthodoxie sich im Konzil versammelt, wird die ganze Welt ihre Augen auf sie richten, in der Erwartung, von ihr ein Wort des Lebens, ein wesentliches Wort zu hören, das an alle gerichtet ist» ... «Das Zeugnis der Orthodoxie wird um so lebendiger sein, da das westliche Christentum heute eine Krise durchmacht, die noch schlimmer ist als die des 16. Jahrhunderts; denn es entchristlicht das Christentum selbst und stellt das Ostermysterium in Frage ... Es ist, als ob die Orthodoxie sozusagen in Reserve wäre, um heute die tiefsten Quellen des Friedens in Erinnerung zu bringen» (Contacts 1971, S. 195).

Es fehlt den Orthodoxen also nicht an Bewußtsein ihres Eigenwertes, wenn sie sich auch über die Schwächen der konkreten orthodoxen Kirchen keiner Illusion hingeben. Man verspricht sich vom Panorthodoxen Konzil sogar die eventuelle Anbahnung eines künftigen panchristlichen Konzils.

Evdokimov und Clément stellen die Frage, ob die kommende Synode nicht ihre Arbeiten damit krönen könnte, die ersten Grundlagen für ein Konzil zu schaffen, das Orthodoxe, Katholiken, Anglikaner und Protestanten zusammenbrächte, die sich alle danach sehnen, die Tradition der ungeteilten Kirche wieder zu erneuern und in ihrem Licht die später entstandenen Traditionen der getrennten Konfessionen zu prüfen. Sie müssen bereit sein, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden, die Legitimität der jeweils verschiedenen Ausdrucksweisen anzuerkennen und so die Gegensätze in einer neuen Schau der ganzen Fülle des Mysteriums aufzulösen (S. 204/205).

Die Erwartungen auf das künftige Panorthodoxe Konzil sind sehr hoch gespannt. Wir können nur hoffen, daß sie in Erfüllung gehen.

Wilhelm de Vries, Rom

es im Alten Testament noch eine Fülle von anderen Weisungen, manche auch in der Gestalt einer Zehnerreihe. Der Dekalog ist einer der vielen konkurrierenden Versuche, das Ethos Israels in leicht faßliche, an den Fingern abzählbare Merksätze zu bringen, und zwar ein recht später Versuch: man kann ihn kaum vor das 8. Jh. v. Chr. ansetzen, zumal er auf nicht mehr sicher bestimmbare Weise mit der Quellschrift E des Pentateuch verbunden ist.

So ist der Dekalog sicher nicht so zeitlos und allgemeingültig, wie ihn die Katechese oft herausstellt. Gewichtiger aber noch ist der Einwand, der zweieinhalb Jahrtausende alte Dekalog könne keine Lösungen für die heutigen Probleme anbieten. Tatsächlich sind ja auch die Anforderungen der heutigen Welt, die ein nie vorher gekanntes geschichtliches, vor allem aber technisches Wissen hat, so komplex, daß sie größtenteils noch gar nicht begriffen worden sind. Erkenntnistmäßig hinken wir hinter der von Spezialisten und anonymen Kräften vorangetriebenen Entwicklung her; das ethische Bewußtsein steht oft recht hilflos der ständig ausgeweiteten Machbarkeit gegenüber. Zudem sind die vorhandenen Mittel, zum Beispiel Energie- und Nahrungsquellen, begrenzt und nicht beliebig vermehrbar. Daraus ergeben sich Zielkonflikte, auf die die bloß technische Vernunft keine Antwort weiß. Der technisch-wirtschaftliche Fortschritt, das «Wachstum», könnte aus einem Höchstwert zu einem Unwert, ja Fluch werden. Diese Fragen

sind die wirklich aktuellen Moralprobleme, weil es bei ihnen um Leben und Tod der Menschheit insgesamt geht – und daß der Dekalog hierzu Weisung geben könne, scheint recht ungläublich.

Ist schon die sachliche Lage äußerst schwierig, so ist die geistige Situation, auch die in den Kirchen und Gemeinden, noch verwirrender. Die wirtschaftlich-politisch eine Welt ist zugleich geistig eine plurale Welt. Worin das Gute bestehe, das man tun und erreichen müsse, darüber gibt es zum Teil sehr unterschiedliche Meinungen. Als eine dieser Meinungen erscheint auch der Dekalog – und zwar in der heutigen ethischen Diskussion in einer sehr bezeichnenden Weise. Man trennt die sittlichen Gebote von den ersten drei auf Jahwe bezogenen Gebote und begründet sie mit Rückgriffen auf das Naturrecht. So glaubt man Gehör zu finden, denn man will an der ethischen Diskussion teilnehmen, zur Not unter Verzicht auf das Eigentliche, den Dekalog Auszeichnende. Das Eigentliche des Dekalogs ist doch gewiß sein Gottesbezug. Trotzdem ist an diesen Versuchen richtig, daß es sachlich kein übernatürliches Sonderwissen gibt über das, was getan werden soll, weder beim einzelnen Juden oder Christen noch bei der Gemeinde oder Kirche. Wie sich auch beim Dekalog zeigt, stammen die *Sachforderungen* aus nichts anderem als der vernünftigen Einsicht in die Sache; insofern gibt es der Sache nach keine besondere theologische Ethik.

Das entscheidende Gebot gegen die Götzen

Gleichwohl ist der Rückzug auf das Naturrecht und das (wenigstens stillschweigende) Abschreiben der Gottesgebote verhängnisvoll. Das zeigt sich schon daran, daß man dem Einspruch derer nicht standhalten kann, die behaupten, wirklich verbindliche ethische Imperative könne es gar nicht geben, denn jedes Sollen sei durch mannigfache biologische und psychologische Notwendigkeiten, durch soziologische und kulturelle Umstände vollständig bedingt. Dieser ethische Relativismus hat natürlich sein Recht darin, daß eine Sacherkenntnis – und eine solche setzt eine materiale ethische Forderung immer voraus – niemals schlechthin endgültig, abgeschlossen und zeitlos für jede Situation richtig sein kann. Unzweideutige Gebote aufzustellen ist unmöglich, das gilt auch für den Dekalog. Wird dieser Relativismus aber absolut und ideologisch verstanden, so verurteilt man das Handeln nicht bloß zu Opportunismus und Resignation – sicher nicht sachgerechten Haltungen –, sondern tut dann auch genau das, was das erste Gebot verbietet: Natürliche Umstände und kulturelle Bedingungen erhalten einen Rang, daß der Mensch ihnen dienen muß; sie werden zu Götzen.

Eine wesentliche, ja gewiß die entscheidende Funktion kommt also auch heute dem ersten Gebot zu. Das erste Gebot ermächtigt durch den Glauben an den frei schaffenden Gott, der auch den geschöpflich-frei handelnden Menschen will, zur ständigen Ideologiekritik und Zerstörung der immer neuen, den Menschen versklavenden Götzen. Vor allem aber erweckt dieser Glaube eine ganz andere Motivation zum sittlichen Handeln, denn sowie man den biblischen Gott als den Herrn verstanden hat, der das Gute will, wird das jeweils erkannte Gute notwendig zum Willen Gottes. Damit gewinnt der sittliche Imperativ

eine ganz neue Eindringlichkeit: Die sachlich begründeten Grundsätze menschlichen Zusammenlebens werden aus bloß relativer Verbindlichkeit herausgehoben, ihre Verwirklichung wird zum Gottesdienst und gewinnt damit Anteil an der Unbedingtheit Gottes. Ein Ausweichen vor unbequemen Verpflichtungen, indem man sich auf «zwingende Eigeninteressen» beruft, ist jetzt ehrlicher Weise nicht möglich. Das sittliche Handeln aus dem Ernst der Verantwortung vor Gott ist dann auch zu Taten ermutigt, die natürlicherweise wünschenswert, aber nicht verlangbar sind, zum Beispiel die Feindesliebe.

Die Dankbarkeit als Fundament

Das Proprium der alttestamentlichen Sittlichkeit zeigt sich am Dekalog zusätzlich noch daran, daß hier die Gebote dem Gott in den Mund gelegt werden, der das Heil der Menschen vorweg geschaffen hat. Die Gebote des Dekalogs zielen nicht herrscherlich auf ein Gehorchenmüssen, sondern auf ein dankbares Gehorchenkönnen gegenüber dem Geber des Landes. Dreimal verweist der Dekalog auf das «Land» als die grundlegende Heilsgabe Gottes: In der Einleitungsformel *e contrario* mit der Herausführung aus Ägypten, dem Sklavenhaus; in der Mitte bei der Verheißung des Elterngewortes, und am Schluß beim Verbot des Begehrens. Daß jeder wegen der gnädigen Führung durch Gott auf seiner eigenen freien Scholle wohne, ist die ursprüngliche konkrete Begründung der Dekalogforderung und zweifellos eine Motivation von großer psychologischer Kraft. Wie der Mensch glücklicherweise nun einmal beschaffen ist, braucht er mehr als bloß intellektuelle Kenntnis des Guten (und Bösen), um zum guten (bösen) Handeln zu kommen. Die Motivierung durch «all das Gute, das dir Jahwe, dein Gott, gegeben hat» (Deuteronomium 26, 11) ist einfach nötig, will man nicht vorweg ein unerfüllbares und «tötendes» (auch den sittlichen Willen tötendes!) Gesetz aufrichten.

Für die christliche Lehre vom Sittlichen ist dieses sachliche und psychologische Fundament der Dankbarkeit mit dem Christusereignis gegeben. Christen glauben vom Leben und Tod Christi, daß Gott darin die Menschen insgesamt ein für allemal in teilnehmender und hingebender Liebe angenommen hat. Nicht die Erfüllung von Geboten, sondern die Annahme dieser Liebe Gottes ist das Heil. Nur der Glaube, der im Christusgeschehen den bis zum Tod und durch den Tod hindurch liebenden Gott erkennt, hat die Liebe, die «alles erträgt, alles hofft, alles erduldet und niemals vergeht» (vgl. 1 Kor 13, 7f.). Diese Liebe kann mächtiger sein als die individuelle und kollektive Selbstsucht und die mit ihr verschwisterte Angst, stärker auch als die Angst vor dem Tod. Damit ist nicht ein enthusiastischer Heroismus ermöglicht oder gar geboten, denn auch für den christlich Glaubenden bleibt die geschöpflich-begrenzte Situation, bleibt alles sittliche Handeln fragmentarisch und jedes Tun zweideutig. Das rechte christliche Verhalten ist daher nicht mit Enthusiasmus, sondern mit dem Bußruf «Denket um» verbunden.

Der Dekalog und die neutestamentliche Sittlichkeit stimmen daher in ihrer Grundhaltung und der fundamentalen Motivation überein: Motiv ist die Dankbarkeit gegenüber dem Heil schaffenden Gott, Grundhaltung ist die Verbindlichkeit des sachlich erkannten Guten. Unverzichtbar für das christliche Verständnis des Dekalogs bleibt aber auch die Kritik Jesu am Gesetzesgehorsam. Die Gebote sind für den Menschen da, sie dürfen nicht zu unerträglichen und antihumanen Lasten werden, wie zum Beispiel damals das Sabbatgebot, heute oft das Ehebruchverbot ausgelegt und verstanden werden. Vor allem aber schließen die Gebote den Gotteswillen nicht ab, ihre Erfüllung schafft nicht einen Rechtsanspruch gegenüber Gott. Vielmehr ist der Wille Gottes zum Guten unendlich, und das mir in meiner Situation praktisch an Gutem Mögliche und darum Verbindliche wird immer mehr sein als das, was ich wirklich tue. Darum heißt es im Herrengebet: «Und vergib uns unsere Schulden» (= Schuldigkeiten) (Mt 6, 12).

Geschenkabonnement der Orientierung

Ihnen und uns ersparen Sie Hetze, wenn Sie sich frühzeitig Interessenten ausdenken. Ihren Auftrag werden wir gerne besorgen, so daß Ihr Geschenk allenfalls auch in fernem Land vor Weihnachten ankommt.

Beachten Sie bitte unseren Aufruf auf der letzten Seite und die Preisangaben unter dem Impressum.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Administration der Orientierung, Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich.

INTERKO-REISEN 1974

Biblisch-archäologische und landeskundliche Studienreisen unter wissenschaftlicher Führung für anspruchsvolle, interessierte Menschen, die in der Gemeinschaft Gleichgesinnter das Außergewöhnliche suchen.

Ägypten

Unter- und Oberägypten, von Alexandrien bis Abu Simbel
Vom 21. Februar bis 6. März (14 Tage), 8. Wiederholung
Leiter: Dr. Franz Furer, Althistoriker u. Ägyptologe, Universität Zürich

Malta-Sizilien-Neapel-Rom

Studienreise auf den Spuren des Apostels Paulus (III)
vom 3. bis 20. April (18 Tage)
Leiter: Univ.-Prof. Dr. Peter Stockmeier, München

Türkei

Studienreise auf den Spuren des Apostels Paulus (I)
vom 5. bis 21. April (17 Tage), 9. Wiederholung
Leiter: Univ.-Prof. Dr. H. J. Stoebe, Basel

Ost-Türkei

Auf den Spuren der Hethiter, des antiken Rom, der frühchristlichen Zeit, des byzantinischen und armenischen Christentums
vom 16. September bis 6. Oktober (21 Tage)
Leiter: Univ.-Prof. Dr. Peter Stockmeier, München

Griechenland

Klassisch-biblische Studienreise auf den Spuren des Apostels Paulus (II)
vom 3. bis 19. Oktober (17 Tage) 11. Wiederholung
Leiter: Univ.-Prof. Dr. Bo Reicke, Basel

Persien

Studienreise zu den Stätten des antiken Perserreiches und der islamischen Hochkultur
vom 29. September bis 13. Oktober (15 Tage), 4. Wiederholung
Leiter: Univ.-Prof. Dr. Herbert Haag, Tübingen

Indien-Nepal

Süd- und Nordindien und Nepal, Begegnung mit dem Hinduismus, Buddhismus und Christen in Indien
vom 20. Dezember 1974 bis 12. Januar 1975 (24 Tage)
Leiter: Univ.-Prof. Dr. Hans Wildberger, Zürich

Heiliges Land (Israel und Sinai)

Von den Quellen des Jordan bis Beersheba, bzw. Eilat am Roten Meer und zum St.-Katharinen-Kloster im Sinai (91.-95. Wiederholung)
Abreisetermine: 7. April (19 Tage mit Sinai), 15. April (17 Tage), 22. April (14 Tage), 29. September (19 Tage mit Sinai), 6. Oktober (14 Tage).
Leiter (in der Reihenfolge der Daten): lic. theol. W. Baier, Aarau; Dr. theol. O. Bächli, Suhr; Prof. lic. theol. u. bibl. G. Schelbert, Fribourg; Prof. Dr. theol. Ch. Maurer, Bern; Prof. lic. theol. L. Gassmann, Olten.

1975 werden wiederholt werden die Studienreisen: «*Biblische Welt von Libanon-Syrien-Jordanien-Israel-Sinai*», «*Äthiopien*» und «*Algerien-Tunesien*» (Afrika der römischen Antike).

Alle Studienreisen werden als Flugpauschalreisen mit Kursflugzeugen in kleinen Gruppen veranstaltet. Zuverlässige technische, seit 20 Jahren bewährte Organisation. Ausgezeichnete Hotels und bestmöglicher Service. Verlangen Sie die detaillierten Reiseprogramme und weitere Auskünfte von

INTERKO

Geschäftsstelle des Interkonfessionellen Komitees für biblische Studienreisen (gegründet 1953). Postfach 616, CH-6002 Luzern.
Telefon (041) 36 55 38

Notwendigkeit der Neuinterpretation

Trotz mancher zeitbedingter Mängel kann darum der Dekalog als hermeneutische Regel für die Grenzziehung im sittlichen Bereich auch heute Gültigkeit beanspruchen. Das erste Gebot mit dem zweiten und dritten als Interpretation bleibt dabei das führende, sein Anspruch ist nicht einschränkbar, es wendet sich gegen die Versuchung durch immer neue Götzen. Über den privat-persönlichen Bereich hinausgehend bedürfen die sittlichen Gebote der interpretierenden Ausweitung. Denn es fehlt dem Dekalog noch ganz die soziale und die politische Dimension der menschlichen Verpflichtungen, und die Art und Tragweite der heutigen Aufgaben waren ihm unbekannt. Das Elterngesetz zum Beispiel stellt in einem weitgehend perfek-

tionierten Sozialstaat und bei dem weit klaffenden Abstand zwischen den Generationen ganz andere Forderungen als die ursprünglich gemeinten primär wirtschaftlichen. Noch deutlicher ist die Notwendigkeit der interpretierenden Anwendung beim Tötungsverbot: Die planetarische Bedrohung des Lebens durch Atomkrieg, Umweltvergiftung und Verschwendung unersetzbarer Rohstoffe fordert ganz andere Grenzziehungen als die alttestamentlichen, das gleiche gilt beim Diebstahlsverbot, zum Beispiel für das weltweite Verteilungsproblem. Dem Dekalog geht es hierbei um den Schutz des menschlichen Lebens, das nicht einfach als ein biologisches Dasein, sondern als ein mit Aufgaben und Möglichkeiten erfülltes, gemeinschaftsbezogenes Leben einschließlich des Gottesbezugs verstanden wird. Die Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit, die der Dekalog auf die persönliche Zeugnisaussage vor Gericht begrenzt, muß ausgedehnt werden auf die Forderung nach Wahrhaftigkeit in Presse und Politik, weil in der heutigen Situation die politische Lüge und Hetze weit verheerendere Folgen haben als in früheren Zeiten, und ein menschenwürdiges Leben uns nur unter den Bedingungen allgemeiner Machtkontrolle und Informationsteilnahme vorstellbar ist.

Beim Ehebruchverbot scheint mir das Umlernen, wenigstens innerkirchlich, besonders nötig. Die Kirchen haben dieses Gebot sehr rigoros ausgelegt – ganz im Gegensatz zum Verbot des falschen Zeugnisses oder gar zum völlig unterschlagenen Bilderverbot –, die römische Tradition sogar so, daß die rechtlich geschlossene Ehe zu Lebzeiten des Partners jede andere Ehe zu einem ehebrecherischen Verhältnis mache. Eine solche physische Unauflöslichkeit ist weder vom Wort Jesu gedeckt, der nicht ein Gesetz durch ein strengeres ablösen, sondern Extrembeispiele einer qualitativ andern Ethik geben wollte, noch durch den Dekalog, der ein uns allerdings unannehmbares Scheidungsrecht voraussetzt. Im Gegenteil, man sollte von der weisen Selbstbeschränkung des Dekalogs lernen. Das weite Feld der menschlichen Geschlechtlichkeit, Kommunikation und Treue, eignet sich denkbar schlecht für allgemeine Gebote, noch weniger für die Regelungen der Juristen und Kanonisten. Der Dekalog stellt hier nur eine einzige Norm auf: Du sollst nicht in die bestehende Ehe des andern einbrechen! Was aber eine bestehende Ehe sei und wann sie vorliege, das sagt der Dekalog gerade nicht, obwohl – oder gerade weil! – die Dinge damals in Fluß waren. Der Dekalog rechnet mit mehr als nur einer einzigen Eheform. Und hier scheint mir ein sehr wichtiges Moment zu liegen: Das biblische Ehebruchverbot verpflichtet geradezu dazu, auf neue Eheformen zu achten und auch, sie zu schützen.

Darum kann und darf das Ehebruchverbot nicht als ein unabänderliches Gottesgesetz etwa in der bisherigen westlichen Interpretation durchgesetzt werden, sondern bliebe als Verpflichtung des Außenstehenden, ein bestehendes Liebesverhältnis als unantastbar zu achten, und als Verpflichtung der Partner zum verantworteten Gut- und Treusein gegeneinander. So verstanden bringt der Dekalog nicht Zwang, sondern bessere Einsicht und größere Freiheit mit sich und hat seine Kraft zur Lebensweisung und -sinngebung durchaus nicht verloren.
Paul H. Schüngel, Frechen

In etwas anderer Form wird dieser Beitrag als Schlußkapitel in der Studie «Der Dekalog – Gottes Gebote?» von Dr. Helen Schüngel-Straumann, der Gattin unseres Autors, stehen: Das Bändchen erscheint in der Reihe «Stuttgarter Bibelstudien» voraussichtlich im Dezember 1973 (Verlag Kath. Bibelwerk, Stuttgart).

Korrigenda:

Die vollständige Verlagsanschrift für den Band «Gott im Gedicht» (hrsg. von Detlev Block), auf den wir in Nr. 17, Seite 181 und 182 f., hingewiesen haben, lautet: Herbert Reich, Evang. Verlag GmbH, (2000 Hamburg 69, Bergstedter Markt 12). Ebendort ist die Reihe *Hamburger Lyriktexte* erschienen.

Buchbesprechung

Swoboda Helmut: DIE QUALITÄT DES LEBENS. Vom Wohlstand zum Wohlbefinden. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1973. 168 Seiten.

Lebensqualität (aus dem amerikanischen «quality of life») ist nach *Lebensstandard* («standard of living») die innenpolitische Formel. Die mit dem Wort gemeinte Sache ist ungefähr erkennbar. Sie löst in den Industrienationen zunehmend Aufmerksamkeit aus, Kritik an unserer Lebensweise, die Frage nach Kriterien der Produktion, der gesellschaftlichen Regulierung, nach öffentlichen Zielvorstellungen. Die Gefahren des quantitativen wirtschaftlichen Wachstums werden erkannt, sein Fettscharakter auch. Was aber bedeutet «Lebensqualität»? Für einen Wirtschaftsboß etwas anderes als für einen Gewerkschafter, für einen Theologen, Schriftsteller oder Mediziner etwas anderes als für einen Arbeiter am Fließband. Für manche Politiker hat das innenpolitische Schlagwort Verkündigungscharakter (dem also das Heil nachfolgen müßte).

Helmut Swoboda, der sich in früheren Büchern mit den Entscheidungs- und Zukunftsmöglichkeiten der Industrienationen auseinandersetzte, informiert zuverlässig und in gemeinverständlicher Sprache über national-ökonomische Überlegungen und Sachverhalte. Ausgehend vom «großen Unbehagen» an den Fakten und dem «nagenden Zweifel an unseren Zielvorstellungen» zeigt er den Konsumstandard, den niemand aufgeben will, den Wachstumszwang, dem die Wirtschaft nicht entkommt. Er berührt philosophische Weisheit im Kapitel «Schopenhauer und das Lebensglück». Man kann das Glück an die Wunschvorstellung anpassen (durch hochgesteckte Bedürfnisbefriedigung), oder aber die Wunschvorstellung an die Realität (durch Selbstbeschränkung). Aber wahrscheinlich ginge es bei uns um beides und also um ein komplizierteres Drittes. Wie kann man das messen, herstellen? Familien-, Schul-, Arbeits-, Freizeitmilieu «stecken nicht in der Lohntüte». Die quantitativ meßbaren Standards (Lebens-, Wohnstandard) müssen aus ihrer Isolierung befreit, in Beziehung gesetzt werden zu elementaren menschlichen Lebensbedingungen (Beispiel: Umweltschutz, Erhaltung des Lebensraumes), von einem Ganzen her kritisiert werden. Aber wer liefert dieses Ganze? Im Mittelalter tat das eine «Reichstheologie». Heute die Ideologen? Hinter dem Verlangen nach Qualität des Lebens steckt auch die Erfahrung der Sinnleere (von der Swoboda nicht spricht), die Frage nach den gesellschaftlichen Zielvorstellungen.

Der Widerspruch zwischen den privaten Interessen des Einzelnen, der Familie, der Gruppen und den öffentlichen Interessen des Staates und des Bürgers im Staat bleibt vorerst unüberwindlich, sichtbar nicht zuletzt in der Diskrepanz zwischen privatem Verhalten und öffentlichem Anspruch der Abgeordneten und Regierenden. «Lebensqualität als Leitbild von morgen», schön wärs. Der Signalcharakter des Wortes «Leitbild» (ähnlich dem des Wortes «Frieden») ist in unserem Kommunikationssystem sofort in Gefahr, zur Worthülse zu werden, Jargon, mit dem man sich verteidigt, Schlagwort, mit dem man auf den andern einschlägt. Nächstenliebe wurde in einer «weltlichen Welt» zur Solidarität. Steckt in der

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebnetter, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin

Anschriften von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 36 07 60

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: Schweiz: Postcheck 80-27842 - Deutschland: Postscheck Stuttgart 62 90-700 (Orientierung), Zürich - Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Scheckkonto Nr. 133.629 (Vermerk 0001/268499 (Orientierung)) - Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065, (Orientierung) C.E. Suisse No 020/081.7360 - Italien: Postscheckkonto: Roma 1/28545 (Orientierung) Zürich

Abonnementspreise: Ganzes Jahr: Fr. 24.- / Ausland: sFr. 27.- / DM 24.- / öS 160.- / FF 40.- / Lit. 5800.- / US \$ 9.50-

Halbjahresabonnement: Fr. 13.50 / Ausland: sFr. 15.- / DM 13.50 / öS 85.-

Studenten-Abonnement: Schweiz Fr. 15.50 / Ausland: sFr. 17.- / DM 15.50 / öS 95.- / Lit. 3700.-

Gönnernabonnent: sFr./DM 32.- (Der Mehrbetrag von sFr./DM 8.- wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelexemplar: sFr./DM 1.50 / öS 9.-

Lebensqualität Heil? Zweifellos ist in diesem Bereich sehr viel weniger als wir denken im theologischen Sinn «Gnade».

Ein Versuch der Studiengruppe um Professor Koelle in Berlin ergab unter den Befragten 1971 als «Oberziele» zur Verbesserung der Lebensqualität: 24% für die Verbesserung der materiellen Lebensqualität, 29% für die Verbesserung der physisch-körperlichen, 26% für die Verbesserung der geistigen und 21% für die Verbesserung der seelischen Qualitäten. Die meisten Befragten waren der Meinung, daß im Jahr Zweitausend die Verbesserung der seelischen Qualität eine größere Rolle spiele als die der materiellen. Ein nicht geringer Teil der neueren Jugendbewegung - von den Hippies und Beats über die Studentenproteste und Forderungen der Jusos - hatte, noch ehe es das Wort gab, mit der Kritik an unserer mangelnden «Lebensqualität» zu tun. Theologen sollten das Schlagwort nicht einfach den Nationalökonomien und Politikern überlassen. Es gab solche Leitbegriffe und -bilder (z.B. Gerechtigkeit, Friede, Land von Milch und Honig) bekanntlich bereits im Alten Testament. Gehen heute die prophetischen Stichworte von den Soziologen aus? Neid wäre eine ungemäße Reaktion.

Paul Konrad Kurz, Unterbaching

Gegen Teuerung und Überkonsum!

An unsere verehrten Leser und Abonnenten!

Von den stetig steigenden Lohn- und Gestehungskosten haben wir Ihnen das letztmal vor zwei Jahren geschrieben, und Sie bewiesen damals Verständnis für die Anpassung der Abonnementspreise. Eine solche wäre jetzt wieder fällig, aber «anpassen» würde demnächst beim Jahreswechsel heißen, um fast zwanzig Prozent hinaufzugehen!

Das wollen wir nicht.

Was ist zu tun? Sollen wir den Inseratenteil ausbauen, Ihnen mehr Papier und weniger Text anbieten und uns mit zusätzlicher Büroarbeit belasten?

Auch das wollen wir nicht. Die «Orientierung» mit ihrem kleinen Umfang ist umweltfreundlich, trägt sich leicht in der Rock- oder Aktentasche und scheint auch dem Maß der Aufnahmebereitschaft vieler unserer Leser zu entsprechen. In diesen «Grenzen» möchten wir verbleiben und den Kostenausgleich lieber in einer Erweiterung des Leserkreises suchen. Bei unserer «Kalkulation» spekulieren wir auf Ihre Mithilfe.

Folgender Weg tut sich auf:

Wir machen die Preissteigerung nur zur Hälfte mit. An Sie wenden wir uns mit der Bitte, die «Orientierung» in Ihrem Bekanntenkreis noch mehr ins Gespräch zu bringen. Was Ihnen daran gefällt mit anderen zu teilen, wird Ihre Freude verdoppeln. Und so bereiten Sie den Boden, um eines Tages beim Interessenten den Wunsch nach einem Abonnement - vielleicht durch ein bißchen Nachhelfen Ihrerseits - zum Entschluß und zur effektiven Bestellung werden zu lassen.

Nicht jedem von Ihnen liegt aber das direkte «Werben», und es kommt auch nicht überall an. Daneben gibt es aber den kürzeren und seit Jahren bewährten Weg: ein (weiteres) *Geschenkabonnement*. Wir werden Ihnen in nächster Zeit Bestellkarten zusenden, damit Ihr Geschenk rechtzeitig auf Weihnachten besorgt werden kann. Überlegen Sie jetzt schon: Wem will ich mit der «Orientierung» zweiundzwanzigmal im Jahr 1974 eine geistige Anregung und ein Zeichen gemeinsamer Hoffnung schenken?

Ein Neuabonnement, ein Geschenkabonnement: damit beschenken Sie den andern und uns!

Die neuen Abonnementspreise finden Sie nebenan unter dem Impressum. Einige Auslandpreise mußten schon zuvor an die Kursänderungen angepaßt werden.

Wir freuen uns auf Ihre Mithilfe und danken Ihnen zum voraus.
Ihre ORIENTIERUNG

AZ Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich